

Sozialdemokrat

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Beitragsabonnement und die Abrechnung sind auf dem Rücken vermerkt.

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmäpf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschafts

Besuchspreis: bei Post monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark
(ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgruppe m. b. H. Dresden-U. Geschäftsstelle
und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Zeitungsdruck: 17259 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18690
Sprechstunden: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoche von 17 bis 18 Uhr
für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Abgabepreis: die neunmal gesetzte Monatszeitung oder deren Raum 0.35 RM, für Sammelangebote 0.30 RM, für die Abrechnung anschließend an den dreimaligen Teil einer Zeitung 1.50 RM.
Ungeliehen-Zeitung montags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-U. Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeitsstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Besuchspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 7. Oktober 1929

Nummer 234

Geheimpaß der SBD mit Industriellen

Bereits mitten in der Durchführung: Abbau der Sozialfürsorge, Senkung der Besitzsteuern / Erhöhung der Massensteuern / Verschächerung der Kommunalbetriebe / Gesetzliche Abduldung von Wirtschaftskämpfen im Einverständnis mit Gewerkschaftsführern / Schamlose Wahlmagie der sächsischen Sozialfaschisten

Hochschulprofessor Raab plaudert aus:

Bindende Beschlüsse zur Durchführung des Young-Planes

Im Verlag Reimer Hobbing in Berlin ist dieser Tage ein Buch des bürgerlichen Nationalökonom Prof. Dr. Friedrich Raab erschienen unter dem Titel „Young-Plan oder Dawes-Plan?“ In diesem Buche finden wir die sensationelle Feststellung, daß bereits ein festes Bündnis zwischen den interessierten Industriellen, den Regierungsmännern und den Gewerkschaften zur Durchführung des Young-Planes abgeschlossen ist. In dieser Schrift heißt es:

„Die geforderte Umstellung unserer gesamten inneren Politik mit dem Ziele, produktive Kapitalbildung sowie Herauspreßung von noch höheren Exportprofiten — Die Rep. zu fördern, unproduktive Kapitalverwendung (d. h. jugtige Ausgaben, menschenwürdige Arbeitslöhne usw. — Die Rep. zu vermeiden, ist durch bindende Beschlüsse der maßgebenden Stellen gesichert.“

Das heißt nichts anderes, als daß Heimatkommunen mit der Müller-Hilferding-Wissell-Regierung bestehen, wonach diese und die reformistischen Gewerkschaftsführer verpflichtet sind, die Forberungen des Young-Plans in Bezug auf die Verbrauchsteuer der Arbeiterschaft und der gesamten werktätigen Bevölkerung zu erfüllen.

Welcher Sinn in diesen Aussagen liegt, das zeigen einige Zitate aus diesem Buch, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

„Produktive Kapitalbildung wirft unsere Steuerbildung entgegen, die den produktiv verwendeten Teil des Staatshauses, das Capita, härter belastet als den konsumtiven, den Verbrauch. Aber nicht der produktiven Kapitalbildung unserer Völkopolitik entgegen, welche die Völknecke Müht auf die Rentabilität der lohnabbindenden Unternehmungen bewirkt, mit deren Produktivität aber auf die Dauer auch die Möglichkeit zu Völkungslösungen untergrüßt.“

Das heißt also nicht mehr und nicht weniger, als daß die sächsischen Ministerien Belohnungen weiter herabsetzen, die Verbrauch der Massenunternehmen weiter erhöhen und die Völknecke entsprechend der Rentabilität, wie der Unternehmer sie auf sein Produktionsvermögen herabgesetzt werden sollen. Der Professor Raab macht jedoch noch eine andere Entblößung, die ein grelltes Schlaglicht auf den vorgezeichneten Weg beim Raub der Gewerkschaftsführer und der Freiheit der Sozialpolitik wirft. Er schreibt weiter:

„Unproduktive Kapitalverwendung freist unsere Sozialpolitik, wenn sie die Erfordernisse (?) der Arbeitnehmer, nämlich die von ihnen und ihren Arbeitgebern vertragten Verhältnisse entspricht und keineswegs nur unproduktiv hervorbringenden jungen kommen läßt, statt den Arbeitnehmern gewährend die Möglichkeit zu lassen, diesen erheblichen Teil ihres Einkommens (?) unter eigener Verantwortung selbst zu sparen.“

Das ist nichts anderes als die Rücksicht für die Haltung der Sozialdemokratie bei der Gestaltung des Wirtschaftlichen Gelehrten, der wiederum nichts anderes darstellt als die gelangende Erfüllung der Bedürfnisse des Geheimpaß zwischen SBD und Industrie. Bezeichnend ist wie auffallend ähnlich die vielen Redensarten der Sozialdemokratischen Presse über die „Wichtigkeit von Wichtigkeiten“ bei der Vertheidigung des Raubzögels Raab. Damit wird auch die widerliche Demagogie des Hermann Göringischen Artikels, auf dem wir bereits in unserer Sonnabendnummer eingangen, bestätigt. Dieser „linke“ Sozialdemokrat hat mit seiner Vertheidigung des Gelehrten und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nichts anderes getan als die Durchführung des Geheimpaßes zu bedenken. Aber noch mehr. Und gerade im Zusammenhang mit den berührbaren Kommunalwahlen Wichtiges zeigt die Schrift des bürgerlichen Nationalökonom Prof. Dr. Raab, daß nämlich weiterhin ist, daß auch entsprechend der Forberung der Kapitalisten die kommunalen Betriebe auf dem Wege einer stärkeren Privatisierung zeit gemacht werden sollen zur Übergabe an das Vierjahreskapital. So heißt es u. a.:

„Unproduktive Kapitalverwendung treibt unsere öffentliche Wirtschaft, sowohl sie sich auf Gebieten befähigt, auf weiteren bei letzter Konfrontenz die private Wirtschaft rentabler wirtschaftet.“ (?)

So ist in diesem Buch des bürgerlichen Nationalökonom nicht mehr und nicht weniger enthalten als die Begründung und die Basis des Hungerprogramms der nächsten Monate zur Durchführung des Raubzuges des gebündelten deutschen und internationalen Kapitals, und zwar sind dies Richtlinien, die noch des Professors Vertheidigung bereits als Geheimabkommen mit den maßgebenden Stellen, d. h. also mit der Regierung den Industriellenvereinigungen und den reformistischen Gewerkschaftsführern existieren. In diesem Zusammenhang gewinnt jetzt

auch der demokratische Parteitag

an Interesse, der unter ausdrücklicher Betonung der Unerschließbarkeit der Beteiligung der Sozialdemokratie die Forberung nach einer Finanzreform aufstellt, deren Grundlagen nach dem Referenten Dr. Goltz folgendermaßen formuliert werden:

Im Zeichen des Young-Planes



Reichswirtschaftsminister Dr. Kurtius ist zum vorläufigen Nachfolger Stresemanns ernannt worden. Er wird also im Haag den Youngplan als Außenminister abschließen und gleichzeitig als Wirtschaftsminister seine Durchführung auf Kosten des Werktätigen garantieren.

Schon hat Seeringer sein neues Republikfluchtgesetz ausgearbeitet, das dem Namen nach „auch“ gegen rechts, in der Tat aber, so wie das alte Republikfluchtgesetz, als Zusammengesetztes gegen das kämpfende revolutionäre Proletariat in Anwendung gebracht werden wird.

Doch die Sozialdemokratie hat bei ihren Geheimpaßen mit der Trustbourgeoisie die Rechnung ohne die Kampfschärfenheit des revolutionären Proletariats gemacht. Die Kämpfe, die unter der Führung der Kommunistischen Partei gegen Bourgeoisie und reformistische Bürokratie geführt werden, der Massensturm, der sich über den schändlichen Raub an den Erwerbslohen, über die Wucherzollpolitik, über die geplanten Massensteuern und das neue Antikommunistengesetz erhebt, wird stärker sein als der Bund des Kapitals und der Sozialdemokratie.

Durch die Wirtschaftskämpfe, die sich bis zur Entzündung des politischen Massenstreiks entwideln, wird das Proletariat diese Ketten der doppelten Sklaverei, mit der der Young-Plan die deutschen Arbeiter zu fesseln droht, sprengen und unter Führung der Kommunistischen Partei sich den Sieg erkämpfen!

SBD-Kampf um die Macht der Lüge

Der Wahlauftruf der SBD unter proletarischer Lupe / SBD-Kröder für das Stimmblech
Der Panzerkreuzerschwund in neuer Auflage

Dresden, den 7. Oktober.

Wer glaubt, daß die bisherigen Leistungen der SBD auf dem Gebiete der Demagogie Spurenleistungen gewesen seien, wird durch den Wahlauftruf des offiziellsten Bezirksvorstandes zu den Gemeindewahlen eines Bezirkes belehrt. Schamlos und provokatorisch zugleich wird darin ein Phrasenschwall mit frechen Lügen gemischt und auf die werktätige Bevölkerung losgelassen und wiehe dem, der nicht kritisch und die Tatsachen prüfend, an den Studieren dieses Pamphlets geht. Ohne Kenntnis von der Praxis der SBD und damit von den

Verbrechen der SBD gegen die Arbeiterklasse

läuft er Gefahr, dem Antrium von Demagogie und Heile zu unterliegen. Deshalb wollen wir diesen Aufruf unter die proletarische Lupe nehmen.

Großsprecherlich wird zunächst verkündet, „die Sozialdemokratie führt zu Machtkämpfen“. Was aber liefern die Tatsachen? Das dort, wo diese Anrechte der Ausbeuter in Positionen stehen, rücksichtslos Forberungen der Arbeiter mit Füßen getreten werden. Ebelt, Rosé, Opinski, Gisselmann, Jägerheld und Seeringer sind nur einige Sozialdemokraten, deren Finger trüben vom

Blut der um des Profits der Bourgeoisie geschlachteten Proleten. Die Finanzpolitik des Dresdner SBD-Bürgemeisters Bühlert ist ebenso wie die Haushaltssituation Wissells und die Steuerpolitik Hilferdings eine drastische Ergänzung der „Machtkämpfe der Sozialdemokratie“. Wollst und zu meinen Gunsten und für meine Macht die SBD kämpft, das können die Leute aus unserer heiligen Spalte erleben. Sie werden dann verstehen, wessen Dienste die SBD erfüllt wenn sie ihre „Brauchsfeind“ den werktätigen Wähler anpreist. Das Pegeleinhendite ist jedoch, daß nach den ersten Anbiedungen als „Arbeitervertreter“ der Aufruf nur sofort gegen die Kommunisten wendet. Dabei fehlt der alte abgegriffene Roßländer-Trotz wieder, die Kommunisten mit dem salzhaltigen Wörtern in einen Topf zu werfen, um die Leute der Volkszeitung von den eigenen Verbrechen abzulenken. Wollst aber werden die Arbeiter aufgerufen zu werben?

für die 150 Milliarden, die aus den Arbeitern mehr herausgepreist wurden für die Schandpolitik gegen die Erwerbslohen;

zu merken
für die Tarifpolitik der SPD, die die Straßenbahnpreise in Dresden um ca. 30 Prozent erhöhte;

zu merken
für die ständige Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise, wie sie in zahlreichen Gemeinden von der SPD mit den Bürgerlichen vorgenommen wurde;

zu merken
für die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer, die die Kreise für den Wasserverbrauch erhöht wurden;

zu merken
für die Drosselung der Sozialpolitik, durch welche zum Beispiel von dem Sozialdemokraten Dr. Böhme alle in Dresden an den Wohlfahrtsausgaben über 5 Millionen gestrichen wurden;

zu merken
für die Wohnungspolitik, die jetzt über zwei Milliarden aus den Mietern herausgepreist durch die Mietzinssteuer, während die Gelder an Baupefusanten und Kapitalträger Wohnungssuchende gegeben werden, wodurch ein Mietwucher sondergleichen das Gros der Wohnungssuchenden in jämmerliche Wohnstätten zwingt;

zu merken
für die Rüttelrippenjäger, die Kropflos täglich unzähllich die Interessen der Ausbeuter gegen die Werktätigen verteidigen und für ihre Koalitionspolitik die Arbeiter wie Hunde niederknallen lassen.

Das sind nur einige Gegenüberstellungen, die allein genügen, zu entlarven, daß der Wahlaufruf der SPD nach dem Rezept des billigen Jakob aufgemacht ist, und über den Schund, den die SPD birgt, hinwegzutäuschen.

Die Finanzpolitik des Reiches, für die Hitler dingantwörtlich ist, drosselt ganz bewußt die Ausgaben der Gemeinde Unterstützung der Arbeiterschicht. Durch einen Sozialstaat wird ganz bewußt, wie bei der Anleihe im März dieses Jahres, eine Herabsetzung der Belastung durchgeführt, wird ganz bewußt die Finanzpolitik der frivolen Bürgerblodregierung verstärkt fortgesetzt, die

Milliarden für die Großkapitalisten auf Kosten der Werktätigen

verwendet. So ist deshalb eine offensichtliche Lüge, wenn der Wahlaufruf die „bürgerlichen Parteien allein für die Hitze der Gemeinden verantwortlich“ machen will, sondern seit Jahren trägt die SPD mit allen Parteien des Kapitals zusammen die volle Verantwortung für diese Politik.

Hält man sich diese Tatsachen vor Augen, so kommt leicht zu der Erkenntnis, daß sich wieder, wie bei der Parteienwahl, die Demagogen selbst übertreffen an Lügen und schillernden Versprechungen, um sich Positionen zu verschaffen, mit deren Hilfe sie die Arbeiter weiterhin abhalten lassen.

Kampf um eine proletarische Gemeindepolitik,

wie sie von den Kommunisten betrieben wird. Das erklärt die gemeinsame Hetze gegen die SPD, die in diesem Aufruf Ausdruck kommt. In immer größerem Maße erkennen breiten Massen, daß

nur die Kommunisten wirklich die Interessen der Werktätigen in den Gemeinden vertreten und den Kampf um die Forderungen der Ausgebeuteten auch in den Gemeinden organisieren.

Die Behauptung, die Kommunisten seien die „Hilfsgarde der Reaktion“, ist ebenso verlogen, wie früher die Behauptung Liberalen von dem Bündnis der revolutionären Sozialdemokratie mit den Konsernativen! Die Kommunisten haben in Gemeinden unausgelebt mit den Arbeitermassen gegen den Kapital und die reaktionäre Einheitsfront der SPD mit den Bürgerlichen gekämpft. Die dredige, korrupte Fratze der SPD kann nicht durch die dicken Auftrag von roter Schnitte maskiert werden.

Die betrogenen Arbeiter und Arbeiterinnen werden gebrochen durch die jüngsten Ereignisse, dem Raubzug gegen die Gewerkschaften, die Errichtung eines Bündholzmonopols an den Schwedischen Zölle und Steuern, durch die schamlose Hetze gegen Sowjetunion, durch Ausrüstung des neudeutschen Imperialismus durch den Standort der Stahlwerke und der Auslieferung von Gemeindewirtschaftungen an das Prinzip Kapital, wie in Meißen, überzeugt sein, daß die

SPD eine funderrevolutionäre Kraft

ist, die im Gemeindewahlkampf wie die übrigen bürgerlichen Parteien von den Arbeitermassen gebrandmarkt und wie

Internationale

Werner

Berlin, den 7. Oktober
Der Montag-Morgen teilt mit, daß seit einigen Tagen Präsident der National-City-Bank von Mannheim, der größte Bank der Welt, in Berlin weilt. Er hat eine ganze Reihe ausführlicher Konferenzen mit dem Geschäftsinhaber Darmstädter und National-Bank, Jakob Goldschmidt, geführt. Die Rücksprungnahme der Darmstädter und National-Bank der grössten Bank der Welt ist eine Antwort auf die Auseinandersetzung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft.

Auch in Wien soll die Fusion dreier Großbanken finden, der Böhmische Kreditanstalt, der Kreditanstalt und Wiener Vereins. Die Verhandlungen der drei Banken sind unter dem Vorstoss des Bundeskanzlers Schöber und unter der Kreditaufsicht des Finanzministeriums.

Sachdienstliche Verfassungsreform in Österreich

Wien, 4. Oktober 1923

Wie die „Reichspost“ mitteilt, hat die Regierung Sachdienstliche Entwürfe zur Verfassungsreform, wie sie ihr von der Regierung Steiner mit zurückgelassen wurden, einer sehr umfassenden Bearbeitung unterzogen, so daß sie nun in ihren vorliegenden Formen im Sinne der sachdienstlichen Wiener erheblich umgestellt werden. Sie gliedern sich in drei Gruppen: die erste betrifft Grundsatzgesetze, zu denen die Regelung der Kompetenz des Bundespräsidenten gehört; die zweite die Neugestaltung der rechtlichen Basis des Bundespräsidenten und die Zusammenfassung im Staatsaufgabengemeinschaften des bisherigen Bundesrates, die

Die gefauften Hafenfreizeitbanden

Soldbanden der Unternehmer — Weshalb Hitler über Mücke siegt — Korruption der Hitlermannen

Die Hitlerbanden entfalten immer mehr eine rüchtige Aktionsfülle und einen freien Terror. Bei dem brutalen Vorgehen gegen die Arbeiter werden die Nazis in aller Form von den Organen des kapitalistischen Staates unterstützt. Jetzt soll die Durchführung des eingeleiteten Hugen-Bolschegeschehens der Bewegung weiteren Zugang bringen.

Dies erscheint gerade zur rechten Zeit eine Broschüre eines Hitler-Mannes, die die schon durch den Kapitän Mücke gemachten Enthüllungen über die Auftrag- und Geldgeber der Nazis und die wirtschaftlichen Motive der nationalsozialistischen Politik weitgehend ergänzt. Der Schreiber der Broschüre war bis vor kurzer Zeit noch sehr oft für die Hitlerbewegung tätig. Besonders im ländlichen Wahlkampf im April d. J. trat er als erfolgreichster Propagandist für die Nationalsozialisten auf.

Dieser bisher eifige Vertreter der Nazis, Hermann Friedrich aus Karlsruhe, zeigt die ganze Verlogenheit und den Stumpf der nationalsozialistischen Bewegung auf. In dem Vorwort zu der Broschüre: „Unter dem Hakenkreuz“ schreibt er:

„Am meisten Verständnis werde ich bei jenen Nationalsozialisten finden, die Arbeiter sind und das Haute in dieser Bewegung schon längst erkannt haben, die aber die Courage noch nicht besitzen, die Konsequenzen aus ihrer Einsicht zu ziehen. Denn diese Partei kann sich nur auf Grund der in ihr geübten Brutalität halten. Von manchem Arbeiter und Landwirt wurde auch ich aufgefordert, aufzuhören. Mancher hielt sich bis heute noch zurück, weil er sich sagte: Das ist meine lechte Station!... Bei manchen dauerte es Jahre, bis sie sich zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bekannten, zumal sie genau wußten, daß im Lager der Reichssverbände jetzt stehen, die für Judenhass in den Jahren 1918/19 Arbeiter, die im Kampf für Freiheit und Brot standen, niederschlägten und niederschüppelten... Viele, die mich hörten, wissen dies auch genau. Es wird wohl nicht ein Mann so schnell zu finden sein, der sich so willig in den Kampf stellte wie ich. Gerade deshalb, weil ich heute eines Besseren belehrt bin, trete ich vor die Irregetrusted hin und rufe ihnen zu, daß wir noch schlimmer hereingefallen sind als jemals.“

Hier kennzeichnet ein ehemaliges Mitglied der Nationalsozialisten diese als das, was sie sind:

Konterrevolutionäre Arbeitermörder.

Aber Friedrich zeigt auch gleichzeitig, aus welchen Gründen die Nazis diese Politik führen. In den Reihen der Hitlerianer bestimmt der Mammon. Geld regiert. Wer Geld hat, hat etwas zu sagen. Geld zählen die Industriellen und sie bestimmen die Politik. So schreibt Friedrich:

„In der NSDAP habe ich sehr viele „angestrahlte“ Schulmeister kennengelernt. Derartige Großen sind auch in Karlsruhe fast am Überdruckniveau und werden sich nächstens als Landtagskandidaten empfehlen. Im ganzen drei „Ausflugsreiche“. Der erste in diesem Berufszweig habe ausgelernt, der andere „abgebaut“ mit damals kaum 22 Lebensjahren, der lebt zum zweiten Male auf eigenen inneren Wunsch aus dem Dienst entfernt, damit er „als Märtyrer für die NSDAP“ an „ausflugsreiche“ Stelle komme. Dieser Herr soll mit seiner Frau ein Vermögen geerbt haben, mit dem er ungestört ein Dukus „nationalsozialistische Bauernhöfe“ im Hanauerland mitamt dem Inventar kaufen könnte. Solche Leute haben durchweg in der NSDAP, wie man zu sagen pflegt, eine Nummer und dürfen auch einmal eine Kleinigkeit haben. Das Kapital spielt da eine außergewöhnlich große Rolle. Anderseits wird es auf das entschiedenste zuflügeln, daß die NSDAP aus nationalen Kapitalistenkreisen finanziert werde. Es sei noch nie gelungen, den Beweis anzutreten. Nun will ich aber den Beweis antreten, daß die NSDAP tatsächlich

Bettelbriefe ans Großkapital

gleichzeitig hat:

Die Gauleitung Sachsen der NSDAP, Gauleiter Spiegelabteilung Martin Müschmann (bekannt durch die Mücke-Briefe), sandte an sämtliche ihm in Sachsen bekannte nationale Geldleute, unter dem 10. April datiert, Bettelbriefe um Geldspenden (Wahlbeitrag). Der zweite Seite des Briefes lautet: „Wir hoffen bestimmt, daß Sie die Bedeutung unserer Aufgabe voll und ganz erkennen und uns Ihre Unterstützung nicht versagen werden.“

Nun wird es wohl manchem Parteigenossen klar werden, warum Adolf Hitler vor der Gruppe Müschmann Kapitulationen mache, und warum er den Kleineren, v. Mücke, im Stiche ließ. Weiter betone ich hier zur Aufklärung meiner aus dem marxistischen Lager zur NSDAP gekommenen Parteigenossen, daß nicht nur „national“ denkende Fabrikanten Hitlers Bewegung finanziert, sondern auch Fürstlichkeiten aus dem Haus Hohenzollern-Doorn, u. a. Prinz Wilhelm von Preußen überreichte vor nicht zu langer Zeit dem Gauleiter Loepke, Hauptmann a. D., einige Scheine, die Haupt-

mann Loepke durch die Raiffeisenbank weiter gab. (Dies erfuhr ich im Mai auf einer Tournee im Ruhrgebiet.) Auch in Baden gibt es solche Geldquellen, die Besuche Blaichingers in München, die sehr häufig sind, haben ihren Grund.

Der Parteidoktor der NSDAP hat einen unergründbaren und unkontrollierbaren Boden

Die Aufgaben der Nationalsozialisten als Schutzhülle des Großkapitals dürften nun auch wohl jedem Arbeiter klar werden. Aber auch die kleinbürgerlichen, bisherigen Nachläufer der Nazis werden erkennen, daß sie von dieser von dem Großkapital dirigierten Partei nichts zu erwarten haben. Hitler und seine Männer hatten die Enthüllungen Mückes seitdem abgestritten, durch die Mitteilungen Friedrichs werden v. Mückes Mitteilungen jetzt aber vollaus bestätigt.

Zur gleichen Zeit erscheinen aber noch eine Anzahl anderer Feststellungen über die

Korruption im Lager der Nazis.

In Coburg hatten die Nationalsozialisten bei der letzten Gemeinderatswahl bekanntlich die Mehrheit erobert. Jetzt sind sich dort die Nazis und die Deutschnationalen in die Haare geraten. Bisher waren die Deutschnationalen die bevorzugten Goldhändler bei der Vergabe städtischer Arbeiten. Reuerungs haben sich die Nazis diese Vorteile verschafft. Darob ist bei den Deutschnationalen helle Empörung. So bringt v. M. das Blatt der Deutschnationalen in Coburg folgende Polemik gegen die Nationalsozialisten:

„Dadurch, daß sich die Nationalsozialisten so voll Anmaßung und Aufzeigbarkeit als die einzigen Vertreter von Idealen aufzuwerfen, wollen sie die anderen Parteien

ausnahmslos und ganz bewußt herabsetzen. Wie menschlich es aber auch bei ihnen selbst zugeht, haben sie ja schon in den ersten Tagen und Wochen nach der Wahl bewiesen. Obwohl sich die nationalsozialistischen Stadträte feierlich verpflichteten, keine wirtschaftlichen Vorteile seitens der Stadt anzunehmen, hat Stadtrat Schwede sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen, hat Stadtrat Häber die Führung eines Prozesses für die Stadt nach der Wahl angenommen, hat Stadtrat Bernhard trotz vertraulicher Kenntnis der Absicht der Stadt, ein Grundstück zu erwerben (er war an der Beschlusssitzung selbst beteiligt), dieses Grundstück, nachdem der Verkäufer den Preis gegenüber der Stadt herabgesetzt hatte, für sich selbst gekauft, hat Stadtrat Streng einen Lieferungsvertrag von der Stadt angenommen.“

„Man sieht“, schreibt diese deutschnationale Zeitung, „dah auch die Nationalsozialisten ganz biedere, egoistische Menschen sind.“

So beurteilen die Deutschnationalen ihre Kämpfen vom Volksbegehr. In einer anderen deutsch-nationalen Zeitung bezeichnet man die Nazis als Schmäh-, Heh- und Verdrehungsredner, als Wahnsinn- und Katastrophenpolitiker.

Die Tatsachen aus dem Lager der Nazis zeigen allen Arbeitern, mit wem sie es zu tun haben. Wie die sich untereinander streitenden Brüder augenblicklich fertig werden, das kann den Arbeitern gleich sein.

Die Feststellungen aus dem Hitlerlager müssen aber Ansporn zum verschärften Kampf gegen die Hitlerbanden sein.

Antwortet mit dem festen Zusammenhalt in einer antischäfischen Front. Schafft Selbstschutzorgane in den Betrieben, gründet antischäfische Abwehrorganisationen.

Organisiert den Reichstagtag der Antischäfischen Wehrorganisationen zum 9. und 10. November in Berlin.

Die Finanzquellen Hitlers

Woher der Nationalsozialismus seine Gelder bezog

Der Rhein-Vormärz vom 4. Oktober veröffentlicht den Artikel eines Sozialdemokraten, der im Jahr 1923 auf engste mit Hitler zusammengearbeitet hat. Dieser heutige SPD-Mann weiß interessante Tatsachen zu berichten über die Geldquellen, mit denen die nationalsozialistische Bewegung gesezt worden ist. Die eigentlichen Geldgeschäfte wurden im ältesten Kreise abgewickelt. Der Rektoratmann des Rhein-Vormärz berichtet u. a.: „Zum Deutschen Tag in Nürnberg im September 1923 kam Hitler unmittelbar aus der Schweiz. Sein Hauptfinanzminister Dr. Hanke hatte Versprechungen mit Schweizer Industriellen arrangiert und der Erfolg dieser Versprechungen war ein Riesenerfolg, gesättigt mit Schweizer und Döllarnoten.“

Da aber der Nationalsozialismus gerade in der Inflationszeit unerhörte Gelder verbraucht, war es notwendig, sich ein

Konsortium von Kapitalisten

zu suchen, die regelmäßig mit größeren Geldsummen einzutragen. Zu diesem Konsortium gehörten u. a. der Berliner Fabrikant Bechtel (der Bruder des Flugzeugfabrikanten Bechtel), der außer großen Vermögenswerten in Deutschland englischer Großkapitalist ist, der „Kunstammer“ Hans Stengel in München, mit dessen Tochter Hitler sehr befreundet war, Dr. Kublo vom Konzernen Industrieverband, der Kommerzienrat Jen aus München und andere mehr. Für die Finanzierung des Völkischen Beobachters wurde die Madame von Soden, eine reiche Autobesitzerin aus dem Osten, eine Grundin Hitler, gewonnen. Mit Hilfe dieser Initiativen gelang es, den Völkischen Beobachter zu einem Tagessorgan umzustalten.

Eine große Desorganisation trat nach der Verhaftung Hitler ein. Da sich neue Geldgeber an die Nationalsozialistische Partei heranträngten, um durch ihr Geld die nationalsozialistische Bewegung in das Fahrwasser der Deutschnationalen zu lenken. Endgültig ist dies aber erst durch Hugenberg gelungen.

Die Gemeinschaft der Nationalsozialisten und Sozialfaschisten

Im Sächsischen Beobachter, dem Blättchen der Nationalsozialisten, wird in der Nr. 10 vom 26. August 1929 zu den Gemeindewahlen Stellung genommen. Dabei wird auch gefragt, was der Nationalsozialismus überhaupt für eine „Ausbauung“ sein soll. Man lese:

Die Vorbereitungen für die kommenden Kommunalwahlen haben allsorts eingesetzt. Wie so oft schon, so ist es auch diesmal das Bemühen der parlamentarischen Parteien, die Klassenspalzung im deutschen Volk durch die Wahlen zu verstärken und zu vertiefen. So leben wir auf der einen Seite die marxistische Linie des Klassenkampfes und Klassenhaßes, auf der anderen Seite die bürgerliche Linie des Klassenfürs und der Klassenrechte. Die Geschichte des deutschen Volkes ist die Geschichte der Zivilität und der Uneinigkeit. Wohl noch zu seiner Stunde hat es ein wahrhaft geistiges deutsches Volk gegeben. Als die Scheidung des deutschen Volkes in Stämme und Länder durch die Genitalität Bismarcks überbläht zu werden begann, setzte die neue Spannung ein, die Trennung des Volkes in verschiedene Klassen. Der Nationalsozialismus ist der Anhänger, daß endlich einmal mit den Spaltungen Schluss gemacht werden muß, daß endlich einmal das deutsche Volk gezeigt werden muß, um seine gesammelte Kraft in den Dienst der großen deutschen Aufgabe zu stellen. Diese Sammlung aber kann nicht erfolgen unter irgendwelcher kleinlicher, engerbergliger Partei, sondern nur unter einer freien Partei, die kein anderes Ziel kennt, als das Interesse des Volkes zu wahren. Der Nationalsozialismus wird darum, wie schon mehrfach eingehend dargestellt worden ist, bei den kommenden Gemeindewahlen von neuem die Legende hervorheben, an das Gemeinschaftsgefühl des deutschen Volkes zu appellieren, den Kampf gegen die bewußte

Spaltung des deutschen Volkes in Klassen aufzunehmen, die praktische Propaganda für die Volksgemeinschaft durch die Aufführung der Volksgemeinschaftsliste zu betreiben.“

Man vergleiche diese betrügerische und phrasenhafte Formulierung mit dem, was das Sozialdemokratische Volksblatt in Zwittau schreibt:

Das Sächsische Volksblatt, Organ der Zwittauer SPD, liegt in Nr. 10 vom 16. August 1929 in einem Artikel „Regierungsverhandlungen um die Arbeitslosenversicherung“ folgendes Bekenntnis zum kapitalistischen Staat ab:

„Hier steht nicht die Frage zur Entscheidung, wie der Reichskasse geholfen werden kann, sondern hier muß entschieden werden, ob die Republik ihrer selbstverständlichen Verpflichtung gegen die breiten Massen der unter der Wirtschaftsanarchie wie Un Sicherheit der Zeit Leidenden nachzukommen hat. Den Kapitalisten stand sie mit Willkür, den von Subventionen und Darlehen auf Rimmerwiedersehen bis heute bei.“

Demokratie heißt: Gleiches Recht für alle! Jeder Proletarier ist für die Republik genau so wichtig wie jeder Unternehmer. Beide zusammen erst machen heute das, was wir Wirtschaft nennen!“

Sie wollen also beide das gleiche. Die Nationalsozialisten wie die Sozialdemokraten, Sie wollen „die beiden Klassen zusammenbringen“. Die Nationalsozialisten erklären, daß endlich einmal das deutsche Volk gezeigt werden muß. Bei den Sozialdemokraten wird die schon von Karl Marx mit beispielhaftem Hohn gekennzeichnete Phrase von der Klassenfeindschaft den nichtarbeiternden Arbeitern, wie oben, fortgesetzt. „Demokratie heißt: Gleiches Recht für alle.“ Nicht nur in ihren „Zonen“, auch in ihren Methoden sind beide großeswandt. Die Hitlergarde und Stahlhelmer hängen sich den nationalen Mantel um, und die Sozialdemokraten verzichten unter einem sozialen Mantel — womit sie die Arbeiter offen betrügen und dauernd verraten — ihr sozialistisches Handwerk.

Hittergarden und Hörtinggarden, beide sind die Feinde des Proletariats, sind die Knüppelgarde des Kapitals, die zur höchsten Ehre des Profits die klassenbewußte revolutionäre Arbeiterschaft niederschlagen helfen.

Die von den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten irregeleiteten und verratenen Arbeiter merken gar nicht, wie sie gegen die eigene Klasse missbraucht werden. Von derselben Klassenterreue, von denen sie heute bezahlt und ausgehalten werden (siehe Geldgeber der Nationalsozialisten Fabrikant Müschmann in Plauen und die Bettelbriefe des Reichsbanners an die Unternehmer), werden sie genau so ausgedeutet wie jeder andre Arbeiter, werden auf die Straße geworfen, wenn der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. So wie es auch den verirrten Proletariern in die Ohren klingen.

Wir Kommunisten, jeder einzelne Genosse und jede Genossin, müssen den Arbeitern in Haus und Hof im Betrieb und in der Werkstatt, überall, wo wir mit ihnen zusammenkommen, das Verbrechliche ihrer Handlung klarmachen. Wir müssen ihnen zeigen, daß nur im revolutionären Klassenkampf auf der Seite der Karrionen, wo die roten Fahnen wehen, der Sieg des Sozialismus, die Diktatur des Proletariats erlangt werden kann, daß alle Arbeiter in einer rote Front gehören, wenn sie nicht verraten an ihrer eigenen Klasse sein wollen.“

An den Pranger!

Die Nationalsozialisten für den Raubzug an den Erwerbslosen

Sie wählen ihren Geldgeber die Treue

In der Sitzung des Reichstags vom 1. Oktober 1929 wurden die Abstimmungen über die Verschärfungen der Erwerbslosenversicherung durch den indirekten und direkten Unterstützungsabzug vorgenommen. Bei diesen Abstimmungen zeigte sich, daß die Nationalsozialisten, die besonders den Erwerbslosen erklären, ihre Interessen zu vertreten, vollkommen

unter dem Kommando Hugenbergs

stehen. Die Kommunisten hatten in namentlicher Abstimmung beantragt, daß die Regierung ein Gesetz erlaßt mit der Forderung, daß alle offenen und freiwerdenden Arbeitsstellen von den Unternehmern gemeldet werden müßten, und daß Einstellungen lediglich durch die Arbeitsämter zu erfolgen haben.

Bei der Abstimmung über diesen kommunistischen Antrag enthielten sich alle anwesenden Nationalsozialisten, das sind die Abgeordneten Buch, Dreher, Feder-Sachsen, Dr. Fried, Dr. Goebbels, Göring, Graf zu Reventlow, Stöhr, Willens, Hannover

der Stimme und unterstützen damit praktisch den Raubzug der Bank-, Börsen- und Industrieherrn gegen die Arbeiter und Erwerbslosen.

Noch deutlicher aber wird das arbeiterfeindliche Gesicht der Nazis zu den kommunistischen Anträgen auf Streichung des neuen, von Wissel vorgeschlagenen Paragraphen, der den Begriff „Erwerbsloser“ eine solche Definition gibt, daß Hunderttausende Erwerbslose aus der Versicherung herausgeworfen werden können.

Bei der namentlichen Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Streichung dieses Wissel'schen Schandparagraphen enthielten sich die obengenannten Nationalsozialisten nochmals der Stimme und erklärten sich damit mit dem unverschämten Unterstützungsabzug Wissel's, für den selbstverständlich auch alle Vertreter der Schwarz-Industrie stimmten, einverstanden.

Überall, wo die Nationalsozialisten es wagen sollten, noch einmal von Arbeiterfeindlichkeit zu sprechen, muß man ihnen ihre arbeiterfeindliche Haltung im Reichstag vorhalten.

Gemeinsame Arbeit!

Vom Unternehmer entlassen — Vom Bonzen aus dem Steinarbeiterverband ausgeschlossen . . . !

Tennishumik. Ein Kollege in der Kette von Schülern der Unternehmer und Verbandsbonzen im Steinbruchgebiet Demitz-Thumik steht ihm an das andere. Vor einigen Wochen wurde der oppositionelle Kollege Eberlein von der Firma Schäfleite Granit-WG G. & Kunath wegen ihm zur Post gelegter Lieferung falscher Steine fristlos entlassen! Eberlein war im Betrieb als oppositioneller Arbeiter bekannt. Die Methoden der Rationalisierung in den Steinbrüchen "Verbilligung der Steinqualitäten" und die Schikanen infolge der verschärften Kontrolle durch besonders dazu eingesetzte Kontrollen, die die Aufsicht haben, aus den Proleten das letzte herauszuholen, begünstigen die Empörung der Kollegen nicht und mehr.

Strafen und Abzüge

Wegen falschster Steinqualitäten waren auf der Tagessortierung die Felschwertchen beim Betriebsrat blieben erfolglos. Das Der Kleinpflasterkontrollor Sudoff, ein belohnendes Genie! an diesem Gebiete, behauptete Eberlein gegenüber, dass keine Steine "Wia und Tied" seien. Als ihm Kolleg E. auch keine Antwort nicht schuldig blieb, ließ Sudoff zum Betriebsleiter Peder. Peder kam auch gleich mit ihm angerufen, um E. zur Verantwortung zu ziehen. Peder

brüllt ihnen von weitem

wie ein echt preußischer Unteroffizier: "Komm einmal raus!" Peder wollte wissen, ob E. den Sudoff gebaut hatte. Er war doch verpflichtet, auf alle Fälle die "Ehre" seines Sudoff zu retten. E. entließ, da er verlaune antändige behandelt zu werden. Darauf wußte Peder, dass es den Steinen herum. Idemus! Sudoff musste dann selber feststellen,

dass die Steine gut waren.

Obgleich dieser laubere Herr die Steine von E. zuvor als Wia und Tied hingestellt hatte. Peder wollte den Kollegen Eberlein mit 3 Stundenlöhnen bestrafen.

Dagegen protestierte dieser, erhob nun seinen Spatenstiel und brüllte:

"Ach, wenn du mich gleich die Schnauze hältst, haue ich dir!"

worauf ihm E. die Antwort auch nicht schuldig blieb und so ihn ein dieser edle Ritter vor keine Haut in Sicherheit zu bringen. Schließlich mochte ihm aber noch eingefallen sein, dass von E. mit "Du" angeprochen haben könnte und seine persönliche Ehre nun noch verletzt worden sei. Er lief deshalb zurück und brüllte E. an, er sei

verrückt geworden.

Als ihm jedoch das auch nichts nutzte, rief er E. zu: "Sie sind entlassen!" Dem Verlangen Peders wurde Nachsicht verweigert, und so wurde Kollege E. am 3. September entlassen. Die Wethoden dieses Betriebsleiters sind damit am besten definiert: Sie bemerken es noch, dass es den Arbeitern hat, als wäre P. die Arbeiter im Betrieb als "Wilden" an, die er mit dem Prügel handhaben muss.

Die Schnauze halten", verlautet P. Hier liegt wohl der Sinn des ganzen Geschehens. Das Leidmotiv dieser Kreaturen ist: Hier soll nicht jagen, der Jagd, der Knüppel liegt beim Jäger! Dieses steht uns gerade noch. Vielleicht würden sich diese Herren einmal gründlich verrechnen.

Was unternahm der reformistische Betriebsrat

In einer Betriebsrätemitgliederversammlung erklärte dieser, dasselbe, was der Betriebsleiter behauptet hatte. Die Entlassung von Eberlein sei "bedingt" weil er falsche Steine geliefert habe, so hatte dieser reformistische Betriebsrat Eberleit die Firma und die Betriebsleitung. Er lasse die Gewerkschaftsleitung unterschreiben, um eine Klage beim Arbeitsgericht einzulegen, obwohl E. Funktionär in der Gewerkschaft war und hätte es jetzt als Plakatläufer funktioniert. Mit seinen Freunden unterstellt dieser Gewerkschaftsleitung mit den Unternehmern, um die ihnen und den Unternehmern gefährlich wären, oppositionellen Kollegen aus dem Betrieb herauszubringen. Das liegt im Interesse des Kapitals, denn so kann im Interesse der Firma. Wir führen das noch direkt mit anderen Personen, auf die wir in einem besonderen Artikel berichten werden. Eberlein wurde entlassen auf Grund zweier schwerwiegenden Vorfälle: "falsches Stein". Deshalb erhielt er zwei Wochen keine Unterstützung. Um die Sache perfekt zu machen, wurde Eberlein darauf aus dem Steinarbeiterverband ausgeschlossen. Er erhielt folgende von der Gewerkschaft

Die Volkszeitung lägt

Jutta. In ihrer Mittwochszahl bringt die Volkszeitung für die Oberlausitz einen Artikel, in welchem mit den treuen Schülern operiert wird. Wir wurden dem Schülervorstande sowie Ehre zugesetzt, wenn wir auf das Baugebäude eintraten. Dies stellte deshalb hier sehr hoch, dass die Behauptungen der Volkszeitung über Freidenker des Zittauer Betriebs aufgezeigt wurden und erlogen sind.

Arbeiterkongress 1917

300 Entlassungen bei der Mias

Schmiedeberg. In den letzten Wochen hat die Erwerbslosigkeit auch hier sehr stark zugenommen. Allein bei der Firma Mias sind seit Juli 300 Mann zur Entlassung gekommen, und monder Kollege, der den Kommunisten, wenn sie auf die Verbleibenden des Erwerbslosenversicherungsgeiges in der Arbeitsförderung hinzuwollen und aufzuhören zum Abwesenheitsstreik, nicht glauben wollte, wird jetzt sehr enttäuscht die sozialdemokratische Reformarbeit der sozialdemokratischen Minister kennen lernen. Besonders hart betrifft es die Jugendlichen unter 21 Jahren, die ausgezogen sind. Es ist ein Jahr, wenn man dem Vater ziemlich von der Erwerbslosenunterstützung noch keine voll 20jährigen Kinder mit zu ernähren. Das Arbeitsamt macht es sich leicht, es verweilt die jungen Menschen an die Wohlfahrt. Wie sieht denn aber nun die "Wohlfahrt"-unterstützung aus? Die amtlichen Richtlinien lehnen für einen Zweckdienst bis 20 Jahre 18 M., bis 21 Jahre 30 M., pro Monat vor. Diese Unterstützung muss wieder jura geahndet werden. Die leute Wohlfahrtsauszahlung müsste sich auch mit einer Reihe falscher Gefüße beschäftigen. Die bürgerlichen Betreter glänzen natürlich durch Abwesenheit. Es ist verständlich, dass es den letzten Bürgern nicht genügt, wenn ihnen dieses missglückte Ende immer vor Augen gehalten wird. Die Erwerbslosen müssen daraus ihre Konsequenzen für die Gemeindewahl im November ziehen. Erwerbslose von Schmiedeberg! Lasset euch nicht länger verbönnen! Kampft mit den Kommunisten für Arbeit und Brot! Arb-Korr. 1917

unter dem 28. September datierte Schreiben ausland, welches mir hiermit zum Abschluss bringen:
Zentralverband der Steinarbeiter
Besitz Demitz-Thumik

Demitz i. Sa., den 28. September 1929
Akten-Nr. 8100/29
(Amtlich Baukunst)

Herrn Walter Eberlein in Demitz-Thumik.
Zufolge Ihres Rückstands werden Sie in unserer Zahlstelle als Mitglied gestrichen.

Eine Stundung ist nicht beantragt worden. Könnte diese Maßnahme nicht erfolgen, so würden wir auf Grund der verbandswidigenden Umstände den Ausschluss beantragen. An dem heutigen erledigtem Rote Steinarbeiter und im dem Artikel in der Arbeitersstimme vom 25. September wird nur auf die Verfolgung des Verbands hingewirkt.

An diesem Artikel und der schädigenden Schmähchrift ist der frühere Kollege Eberlein beteiligt.

Es steht auch fest, dass der frühere Kollege Eberlein am dem Zustandekommen der Nr. 1 und 2 des R.A. beteiligt gewesen ist.

J. d. St. D.

Mit Hochachtung
Schulter, Vorsteher.

Demitz-Thumik.

Zu diesem Auschlussbriefen der diesigen Verbandsleitung des Steinarbeiterverbandes stellen wir folgendes fest: dass Eberlein nicht auf Grund seiner Rückstände an Verbandsbetätigungen ausgeschlossen wurde, sondern wie Schulter in seiner Begründung ganz offen ausdrückt, dass er auf Grund "verbandswidigender" Tätigkeit ausgeschlossen wurde.

Dieses Auschlussbriefen bestätigt, dass man alle die Kollegen, die den Kampf für bessere Lohns und Arbeitsbedingungen, Kritik an der Verbandsleitung üben, auf falschem Wege aus dem Verband ausschließen will.

Man stellt den Kollegen, die in der Opposition stehen, als Verbandswidigende hin mit der Parole "Halte den Tieb". Das durfte diesen Leuten vom Schlag Schulter wohl kaum gelingen, denn alle ehrlichen Kollegen, die bis nur einmal ernsthaft mit der Frage der Lohns und Arbeitsbedingungen beschäftigt haben, werden erkennen, wo die "Schädlinge" zu suchen sind, und auf welches Geschick uns diese schändliche Politik einer Interessengemeinschaft der reformistischen Verbandsleitungen mit dem Unternehmertum gebracht hat. Der Anfang

zum Ausschluss der Funktionäre der Opposition in Demitz ist gemacht, weitere werden folgen.

Der Verbandstag hat beschlossen, tüchtiglos gegen die Opposition vorzugehen. Schulter, der treueste Mantel des Hauptvorstandes, ist ein Mann der "Tat", das hat er in unzähligen Fällen schon bewiesen. Er führt das gewissenhaft durch, was der Unternehmer braucht. Raus aus dem Verband, was keinen Haussitz bezahlt, oder wie Deder: Wer ich nicht liegt, der liegt.

Was liegt denn Schulter über einen Kollegen T. im Klosterbruch? "Dir werde ich schon noch eins auf den Kopf geben" — und Deder: "halte die Schnauze, sonst haue ich dich" — Die Einheitsfront der Unternehmer und ihrer Partei ist gelöscht.

Gleich und gleich gesellt sich ger!

Klosterbruchslor — sonst liegt du aus dem Betrieb und aus dem Verband raus!! Hier stehen sich zwei Fronten gegenüber: auf der einen Seite die Unternehmer mit den reformistischen Verbandsbonzen, die beide den Steinarbeitern eins auf den Kopf geben wollen, mit dem Motto: Schlägt die rebellierenden Arbeiter in den Betrieben nieder! Ruhe braucht der Unternehmer zur züffigsten Ausbeutung, und Ruhe braucht der Betrieb, damit er sich das und jetzt mögeln kann!

Auf der anderen Seite der Barricade stehen in Rot und Gelb die Proleten mit Hungerlöchern, die nicht stillhalten wollen, bis man ihnen das letzte Mark für Lumpenspenden aus den Taschen herausgepreist hat. Hier stehen sich Kapital und Arbeit wie Feuer und Wasser gegenüber, wie August Bebel sagte. Mit dieser Auflösung Bebels haben freilich die heutigen Reformisten und sozialdemokratischen Führer nichts mehr gemein, sie lassen die Arbeiter nur noch zu beschwörungen mit ihrem "Löwenkampf" in den Tarifverhandlungen, die uns sofort wie nichts gesagt haben. Ein Kompromiss mit den profitierenden Ausdeuter reicht sich an das andere. Diese Leute denken ja nicht mehr daran, ernsthaft den Lohn aufzuhoben durch züffigsten Kampf, sie brechen Streiks ab und vermitteilen Streikbrecher. Beispiel: Berliner Rohrlegerstreik!

Steinarbeiter in den Steinbrüchen!

Erkennt die erste Gefahr, die auch allen hier droht, schafft mit der Opposition die Einheitsfront aller Arbeiter in den Brüchen und Werkplätzen, organisiert mit uns den Kampf um höhere Löhne gegen Unternehmerwillkür und die Reformisten. Stärkt die Opposition und kämpft mit uns in einer Front, dann werden wir auch ohne die Reformisten durch Bildung von Komplettierung in den Betrieben den Kampf um Lohn und Brod erfolgreich führen! Schreibt an die Arbeitersstimme und lebt sie.

Arb-Korr. 1917.

Gie scheuen die Wahrheit!

Reichenau. Auf besonderes Verlangen von Seiten der Mitglieder der Aufführung über die leichten Vorformen innerhalb des Unterbezirks fand vorige Woche eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Reichenau des Verbandes für Freidenker und Gewerbevertretung statt. Der Vorsteher gab unter Punkt "Einnahme" je ein Rundschreiben vom Bezirk und Unterbezirk bekannt, von dem letzteres die Spaltungarbeit der Reformisten und die Hesse gegen die Opposition innerhalb der Freidenkerbewegung so recht erkennen ließ. Ein vom Gen. O. Müller gestellter Antrag, letzteres Rundschreiben mit dem später folgenden Bericht von der Unterbezirkstreffen vom 8. 9. 29 in der Diskussion gleichsam zu behandeln fand allgemeine Zustimmung. Ferner gelangte zur Vorlesung ein Rundschreiben, bet. Gelehr. über religiösen Kindertreibgang, sowie Bericht über die Erhöhung der Mitgliedschaft innerhalb des letzten Vierteljahrs, wovon zu entnehmen war, dass immer mehr die Christenkirche Platz greift, der Kirche den Kunden zu teilen. Die alljährlich stattfindende Sonnenwendfeier besteht man einstimmig am 15. 12. abzuhören. Anlässlich wurden noch einige Schulfragen erörtert, Abteilung der Kinder vom Religionsunterricht, sowie Bekämpfung derartiger Handlungen, wie Schulgebet, Choralen, usw. Etwas sehr kurz gefaßt (vielleicht aus bestimmten Gründen?) gab Gen. O. Schulze als Vorsteher den Bericht von der letzten Unterbezirkstreffen, in das sich die heimzeit als Delikte erwähnten Gewohnheiten verantwöhnen, um den Widerstand einhergehend ein klares Bild über das schändliche Verhalten der Unterbezirkstreffen zu geben, das Wort zu ergreifen. Ausgehend, natürlich man den Tagungsprotokoll der Konferenz kurz vor Stofflinien verteilten nach einem anderen Ort verlegte, zeigten

mehr zur Genüge die Ausführungen der oppositionellen Genossen. Da man wohl Großhöchstädt nicht als zu leicht SPDfreundlich betrachtet, was man schnell überzeugen kann, die Konferenz in Oberhainsdorf abzuhalten. Eritzen hatte der Wirt des Mitgliedsbuch der SPD in der Tafel, und anwesens konnte man das entsprechende Verhandlungsbuch des SPD mit der Polizei an dem Tag legen, was sich wohl an deinen Beweis bedurfte, indem man einen ehrlichen Genossen, welcher jahrelang zum Wohl der Freidenkerbewegung aktiv mitgearbeitet hat, obwohl auf Grund des Statuts man gar kein Recht dazu hatte, von der Konferenz ausschliesslich lediglich weil er der KPD angehörte. Da letzterer Genosse aber auf keinen Recht bestand, schaute man sich nicht, die Polizei anzurufen! Da die anwesenden Mitglieder sehr gegen eine solche provozierende Sitzungnahme von Seiten der Unterbezirkstreffen protestierten, ist selbstverständlich, was besonders zum Ausdruck bei den Ausführungen des Gen. Schulze, welche eine besondere Hesse gegen den Gen. Wehner hängt, verhältnis auch hierbei Gen. Kratz (SPD), obwohl er noch in leichter Verhältnis das Verhalten der Verbandsleitung beansprucht, infolfern, indem die Funktionsärzte kein rechtl. Tag für Tag bemüht, für den Betrieb zu werben und zu sammeln, man von oben der Kirche Millionen in den Kassen hinein — und diesmal versuchte er, mit etwas Wandel innerhalb der Organisation die Opposition gerontwischlich zu machen. Durch die nun folgenden Ausführungen von oppositionellen Genossen mag er sich aber eines Belogenen belehren lassen und wie immer in solchen Fällen, wenn es gilt, die gegenstellende Meinung der Mitglieder anzuhören, verhindern die SPD mit ihrem geringen Anhang aus dem Saal, was von sehr wenig Klatschbewusstein zeigte. Ein aus der Verhältnis herausgestellter Antrag, der neu gewählten Unterbezirkstreffen die Widerstand auszuprägen, wurde mit überwältiger Mehrheit unterstützt. Unter Berücksichtigung wurde kurz freilich das Verhalten der heutigen Gemeindeleitung, welche, obwohl schon vor längerer Zeit eine Summe von 3000 Mark zur Anfang eines Wahlenhones bewilligt wurde, es heute noch nicht für notwendig gehalten hat, die Vorarbeiten hierfür in Angriff zu nehmen. Erwähnenswert, welche zu denselben herangezogen werden könnten, sind wohl genügend vorhanden. Welcher "religiöse Geist" heute noch verschiedene Kinderbeharrthalten umweht, und wann unter den Kindern, deren Eltern tagsüber in Arbeit stehen, zu leben beginnen, beweist das Vorhaben einer Kinderwärterin im kleinen öffentlichen Kinderheim, welche sich nicht scheint, den Kindern, welche nach freigemütigem Sinn, also "frei von Religion" erzogen sind, ihr Butterbrot vorzuhalten, bis — nein siehe unten — untergebracht hatten. Ein Verweis von Seiten des Vorsteher des Verwaltungsrates ist erfolgt, hoffentlich hat er prüft! — An die kleinen bewaffneten Arbeiterschaft ergibt herum der Ruf: Trete ein in den Kreisverband und kämpft mit der Opposition gegen die Willkürherrschaft des Kapitals und der Reformisten!

Arb-Korr. 1917.

Achtung! Druckschriftenveräußerer!

Polizeiorgane kennen ihre eigenen Gesetze nicht!

Wiederholte machen wir bei dem Verlauf der Betriebszeitungen von den Betrieben bzw. bei dem Verlauf von Wahlkampf und sonstigem Propagandamaterial die Beobachtung, dass Polizeibeamte den Betrieb solcher Druckschriften dadurch zu unterbinden suchten, dass sie von den Verläufen das Vorwissen eines Gewerbecheimes verlangten bzw. die polizeiliche Genehmigung forderten. Zur Information für unsere Mitarbeiter bringen wir nachstehend einen Auszug aus einem Entwurf eines Gerichts und bitten unsre Genossen und Genossinnen, sich diesen Abschnitt auszuschneiden und gut aufzuhängen.

„Wer, Zeitungsveräußerer,

ohne Entgelt Druckschriften verkauft, handelt nicht gesetzlich verboten,“

Wer als Mitglied einer Organisation oder eines Vereins

ohne Entgelt Druckschriften verkauft, handelt nicht gesetzlich verboten,“

Wer teils politische Genehmigung, mag auch die Ver-

teilung des Kammerrichters vom 2. 4. 28. S. Zeile 407 27. 10.“



6 Wochen Rohrlegerstreit in Berlin

Seit 6 Wochen steht die durch die spätere Bürokratie aus dem DMB herausgedrängte Branche der Rohrleger und Heizer in einem zähnen Klingen gegen die Unternehmer der Tätiggemeinschaft der Gas-, Wasserleitungs- und Heizungsbauunternehmer Berlins. Von etwa 4800 Brancheangehörigen stehen jetzt 1800 im Streit gegen einen Tarif, der von den Urich und Edert gegen den Willen von neun Zehntel der Rohrleger abgeschlossen, welchen die Beschlüsse der Tarifverhandlungen für die brachte und auf Verlangen des DMB vom sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister allgemein verbindlich erklärt wurde. Die Vereinigung der Rohrleger und Heizer, die sich zur Erhaltung der Einheit und der Kampftreue der Rohrleger nach ihrem Naturnwidigen Herauswuchs aus dem DMB gewungenenmaßen konstituierte und jetzt 3800 Mitglieder zählt, legte den Unternehmern einen neuen Tarifvertrag vor, den bereits über 80 Firmen anerkannt haben.

In diesen Betrieben arbeiten über 800 Rohrleger und Heizer zu den neuen Bedingungen, während jetzt 700 DMB-Rohrleger gezwungen von Urich und Edert, aus fahrlässiger Gewerkschaftsdisziplin Streikbruch verüben. Bissher waren diese gewerkschaftlich organisierten Streikbrecher nicht imstande, der Wucht des Kampfes Abbruch zu tun. Auf vielen Baustellen werden sie durch die Streikposten oder von den Bauarbeitern verjagt.

Den Unternehmern steht das Wasser bis zum Hals. Sie hatten schon längst alle Forderungen bewilligt, wäre nicht ihre Hoffnung auf die Streikbruchorganisation der DMB-Bürokratie und auf den finanziellen Zusammenbruch des Streiks.

Der Vorstand des DMB lädt in allen seinen Verwaltungsstellen organisierte Metallarbeiter als Streikbrecher anmerken, ja, er zahlt ihnen sogar das Abgeld nach Berlin aus der Verbundsfosse.

Die Mitgliedsbeiträge ehrlicher Arbeiter werden also von diesen Streikbruchorganisationen dazu verwendet, die Unternehmer mit Streikbrechern zu versorgen. Damit hat die Verlumung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie einen Tiefstand erreicht, der nur noch durch ihre offene Solidarisierung mit den Arbeiternorden der Arme und Jüngel beobachtet wird.

Gewerkschaftlich organisierter Streikbruch bei allen jüngsten Kämpfen der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist der Ausdruck des DMB-Streikbruches für alle Arbeiter eröffnet. Darum gewinnt der Rohrlegerstreit über einen Rahmen hinaus für die gesamte Arbeiterklasse grundfeste Bedeutung. Die Sozialaufführer in den Verbandsbüros erbringen hier vor der Öffentlichkeit den handgreiflichen Beweis für ihre Verbundenheit mit den Unternehmern und dem Staatsapparat. In der Periode des steigenden Widerprüches des kapitalistischen Systems, wo die Bourgeoisie zum Generalanfall gegen die Arbeiterklasse übergeht, wo sich die Klasse gegenwärtig handig verschärft und die Arbeiter zur Gegenoffensive ausholen, werden die Möglichkeiten des Bürokraten zu Täuschungsmanövern gegenüber den Arbeitern immer geringer. Es schlägt sich ganz offen an die Seite des Klassenfeindes. Sie stellt den Gewerkschaftsapparat ganz offen in den Dienst der Unternehmer im Kampf gegen die Arbeiter.

Im Berliner DMB-Verbandshaus in der Yannitskraße ist ein offizielles Streikbrechervermittlungsbüro eingerichtet. Der gefährlichere Gegner der Rohrleger sind nicht die Unternehmer, sondern der Verbandsapparat, der von Anfang an in Bewegung geht, um schließlich die Unternehmer zu stellen.

Die Rohrleger haben aber auch noch einen dritten Gegner. Das ist der Staatsapparat, der von der Sozialdemokratie gehabt, im Unternehmerinteresse die allgemeine Verbindlichkeit verfügt und durch seine Polizei die gewerkschaftlich organisierten Streikbrecher der ihrer beruflichen Tätigkeit leidet. Der Rohrlegerstreit ist aber auch darum von allergrößter Bedeutung, für die Arbeiterklasse, weil er zeigt, welche Entschlossenheit, Energie und Opferbereitigkeit die Arbeiter unter revolutionärer Führung für ihre Sache aufzubringen imstande sind. Er entblößt vor den Arbeitern schmucklos die sozialfascistische Krone.

Gromme Wellen

Der Sonntagmorgen im Rundfunk

Von P. Kahl

(Zeit und Ort der Handlung: Letzter Sonntagmorgen im Zentralhimmel)

Schon beim Auftreten fiel dem Engel, der diesen Sonntag den vergnügenden Hohlspiegel halten durfte, auf, daß der liebe Gott oftmals plötzlich die Augen aufschloß, was so ausnahm, wie wenn ein Mensch mit den Nerven zu tanzt hat. Obzwar der Engel sich redlich Mühe gab, die Ueberhebe dieses jellsummen Gedankens zu ergründen, sohnnte er doch nicht dahinter kommen. Auch das ärgerliche Gebrumm des alten Herrn, das so lang, wie „ausdringliche Vagabud“, oder so ähnlich, wußte der vor Wichtigende ihler vergehende Vagabud auf keinen richtigen Nenner zu bringen.

„Du kamst dem Jappelnden der liebe Gott, den man nicht von uns trennen kann, höchstliebt zu Hilfe.“

„Ja, Kleiner, was mich wohl pfeift, möchte wissen nicht.“

Und dann lachte er sein gütiges Baglaufen, das den gemalten Himmelsaal erstrahlen ließ und alle Engel von Adam an bis zum eben abgetriebenen Embryo zu einem Thron kostete. Und der liebe Gott hub also an zu reden:

„Willst, daß du unten . . .“ hierbei zeigte er auf einen von den unzähligen Planeten ganz weit dahinter im Weltall und alle verklärten Augen folgten gehorcht der angegebenen Richtung. „Willst also, was die da unten wie der mal zusagtestig haben?“ Ihr werdet wohl schon alle an einem Sonntagmorgen der letzten Zeit hin und wieder so's leutes Peisen und Kribbeln an der Hornhaut eures Aufzuhören verpaßt haben. War auch unerträglich, wie?

„Aber nicht doch!“ rieten da einige überreifste Cherubim. Die fern Engel wegen ihrer elenden Kriegserleiden konnten, „aber nicht doch, Herr!“ Im unendlichen Weltall gefiehlt nichts ohne deinen Willen! Kein Speerling tollt sonst.“

„Schon gut, schon gut“, unterbrach hier ungebürgert der liebe Gott den lobpreisenden Wortschwall, und zu Petrus gewandt, drummte er mutend: „Da komm' mehr wieder! Aber ich las' dir Petrus, den Schwundel von der Allmacht machen ich nicht länger mit!“

Worauf Petrus nur müde mit der Hand abzuweichen mußte und ein paarmal beschwichtigend: „Ps! Ps!“ machte, als wollte er sagen: „Mein Gott, las doch die Karte laufen, wie sie will!“

Und der liebe Gott hub nun weiter an zu reden:

„Das Peilen und Kribbeln an den Aufzuhören kommt von den Wollentlöchern!“

Dem kleinen Daniel, dem die Geschichte in der Löwengrube passierte, war diese vorwitzige Antwort entgangen und mußte es nun erzählen, daß man ihm gehörig auslachte.

„Nee“, schwungte nun auch der liebe Gott, und da er gut zelebriert war, bestürzte er ein bißchen: „Wollentlöcher habt nicht, Daniel! Elektrische Hallelujah-Wellen sind das, Daniel.“

der Verbandsbürokratie und zeigt ihnen klar und deutlich, daß einzig und allein die Opposition imstande ist, ihre Kämpfe erfolgreich zu führen. Es zeigt ihnen die Notwendigkeit der Verschärfung des sozialdemokratischen Unternehmenskampfes, wollen sie mit Aussicht auf Erfolg kämpfen. Noch nie trat in Deutschland so offen das Bündnis der Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern zutage wie im Rohrlegerstreit.

Die Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen, daß sie ihre zukünftigen Kämpfe um Lohn und Staat in den Betrieben selbstständig organisieren und unter Leitung der kommunistischen Gewerkschaftsopposition durchführen müssen.

Die gesamte deutsche Arbeiterklasse ist an dem Ausgang des Rohrlegerstreits interessiert. Sollten es die Unternehmer zu Boden zu zwingen — und alle Vorauflagen sind dazu gegeben —, so ist eine Weile geschlagen in die reaktionäre Front der Gewerkschaftsführer, Unternehmern und Staatsapparat. Durch diese Weile werden andere Arbeitergruppen nachstoßen und so die ganze arbeiterfeindliche Front aufrollen.

Darum müssen in den nächsten Tagen alle Kräfte mobilisiert werden, um durch eine verstärkte Sammelaktion die Hoffnung der Unternehmer auf finanziellen Zusam-

menbruch des Streits zuhalten zu machen. Die praktische Solidarität der Arbeiterklasse garantiert den Sieg der Rohrleger.

Kein Betrieb, der nicht heute noch eine Sammlung für die Rohrleger durchführt; kein ehrlicher Arbeiter, der nicht heute noch einen Stundenlohn für die kämpfenden Rohrleger auf die Sammelaktion der DAB zahlt. Vor der Ausübung dieser revolutionären proletarischen Pflicht dürfen sich die Kollegen auch nicht durch die Ausflugsdrohungen der kreischtreuen Verbandsbeamten und ihrer korrumpten Anhänger zurückhalten lassen. Alle Organisationen der revolutionären Arbeiter müssen den Rohrleger beispielhaft durch Abführung von Geld und Lebensmitteln an die Internationale Arbeiterhilfe, die den Kampf mit aller Kraft unterstützt.

Der vereinigte Front der Klassenfeinde muß der eiserne und entschlossene Wille aller Klassenbewußten Arbeitern zur Solidarität entgegensteht werden.

An dieser revolutionären Einheitsfront der Arbeiter mit den Rohrleger müssen alle Streikbruchaktionen der Betriebe und alle Hoffnungen der Unternehmer scheitern. An die deutsche Arbeiterklasse ergeht der Appell, alle Kräfte einzusehen für den Sieg der streitenden Rohrleger.

Zur Kampf ist ein Kampf im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Ihr Sieg ist ein Sieg der Klassenbewußten Arbeitern gegen den Dreieck: Unternehmer, Staat und Gewerkschaftsbürokratie!

Auch die Berliner Gemeindearbeiter rüsten zum Lohnkampf

Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse hat sich in den letzten zwei Monaten um etwa 25 Prozent verschlechtert. Die Bürokraten des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Schaub und Genossen, hatten den traurigen Mut, mit der Stadt Berlin einen Tarifabschluß eingegangen, der den Gemeindearbeitern eine Lohn erhöhung bis 4 Pf. die Stunde ab 1. Oktober d. J. zuspricht. Der geliebte Vohntarif läuft im April 1929 ab. Der sozialdemokratische Stadtrat Reuter, Delegierter des Südlichen Bezirkes in Berlin, hatte anlässlich des Preußischen Städteages am 25. September d. J. in Frankfurt a. M. in seinem Referat die Rentabilität der südlichen Betriebe hervorgehoben. Rentner und Schaub sind Parteifreunde. Beide legen die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter der südlichen Betriebe fest. Es gehört schon eine Portion Niederdrittel dazu, wenn die sozialdemokratischen Vertreter des Kommunalarbeiterverbandes Berlin den Gemeindearbeitern zusummen, mit 30 und 35 Pf. die Woche auszukommen, während die höheren Gemeindebeamten vom südlichen Direktor Brodat aufwärts.

70 000 und 75 000 M. Jahresgehalt

bezahlen. Die südlichen Arbeiter Berlins haben das Juwelpiece und die Verkürzung der Gewerkschaftsbürokratie mit der Gemeindebürokratie und dem Staat erkannt und rücken nun mehr in den Betrieb zu Lohn- und Arbeitskämpfen unter der Führung leichtgewichtiger Kampfaktionen und der revolutionären Gewerkschaftsapparate ganz offen in den Dienst der Unternehmer im Kampf gegen die Arbeiter.

Im Berliner DMB-Verbandshaus in der Yannitskraße ist ein offizielles Streikbrechervermittlungsbüro eingerichtet. Der gefährlichere Gegner der Rohrleger sind nicht die Unternehmer, sondern der Verbandsapparat, der von Anfang an in Bewegung geht, um schließlich die Unternehmer zu stellen.

Die Rohrleger haben aber auch noch einen dritten Gegner. Das ist der Staatsapparat, der von der Sozialdemokratie gehabt, im Unternehmerinteresse die allgemeine Verbindlichkeit verfügt und durch seine Polizei die gewerkschaftlich organisierten Streikbrecher der ihrer beruflichen Tätigkeit leidet.

Der Vorstand des DMB lädt in allen seinen Verwaltungsstellen organisierte Metallarbeiter als Streikbrecher anmerken, ja, er zahlt ihnen sogar das Abgeld nach Berlin aus der Verbundsfosse.

Die Mitgliedsbeiträge ehrlicher Arbeiter werden also von diesen Streikbruchorganisationen dazu verwendet, die Unternehmer mit Streikbrechern zu versorgen. Damit hat die Verlumung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie einen Tiefstand erreicht, der nur noch durch ihre offene Solidarisierung mit den Arbeiternorden der Arme und Jüngel beobachtet wird.

Am 8. Oktober findet eine

Basisfundgebung der Arbeiter

dazu statt. Die Arbeiter der anderen südlichen Betriebe folgen diesem nachahmenswerten Beispiel. Am 28. Oktober treten die Delegierten der südlichen Betriebe zusammen, um weitere entscheidende Beschlüsse zu fassen und Maßnahmen für eine weitere erfolgreiche Durchführung des Lohn- und Arbeitskampfes der südlichen Arbeiter zu treffen.

Um 8. Oktober findet eine

Basisfundgebung der Arbeiter

zu aller südlichen und Berliner, sowie Staatsbetriebe in Allem Deutschen statt. Es gibt damit die Arbeiter- und Angestelltenversammlung der öffentlichen Betriebe ihrem Willen Ausdruck, von ihren Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohns von mindestens 10 Pf. auf den Siedenstandpunkt bzw. die 40-Stunden-Arbeitswoche mit Lohnausgleich, auf Zahlung des vollen Gehalts im Krankheitsfalle, auf Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten

in die Lohnabstimmung der Beamten nicht abzulassen und den Kampf gegen den Dreieck unter der Leitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition bis zum Siegreichen Ende fortzuführen.

Herr „rettet“ sich vor der Opposition durch Herauswurf

Pirna. Der Vorsteh, den die Gewerkschaftsopposition in allen Verbänden unternehmen gegen das schändliche Verhalten der Reformisten in der Frage des Raubzuges Wissel gegen die Arbeitslosenversicherung, hat diese Herren außer Rand und Band geholt. Auch Herrn Hermann Herr, Vorsteher des Baugewerbsbundes Pirna, ist dieser Vorsteh sehr auf die Nerven gefallen, daß die Mehrheit in der Bauarbeiterveranstaltung ihm aus den Händen glitt und die Ausführungen der oppositionellen Kollegen unterstützten. Wir müssen ausräumen, wurde bei ihm einer zu Parole, und schon schiebt er den Bundesvorstand vor, der furzehand aussieht, wie das nachfolgende Schreiben beweist:

Deutscher Baugewerbsbund

Hamburg 25, Wallstraße 1

Seit Nr. 26

Hamburg, 26. September 1929.

Per Einschreiben!

Herrn Ariz Chelich

Pirna i. Sa.

Reichstraße 16.

Der Bundesvorstand hat Dich in seiner Sitzung vom 27. September 1929 mit sofortiger Wirkung aus dem Deutschen Baugewerbsbund gemäß § 16 Ziffer 2 der Bundesregelung ausgeschlossen.

(Stempel)

Deutscher Baugewerbsbund

Rosenzweig, Bundesvorstand

Bravheit! Ihr lebt erneut, wie faßtig, ohne auch nur den Schein des Rechts zu währen, die Reformisten die Opposition aus den Gewerkschaften entfernen. Fasst Ihnen in den Arm und verhindert durch Massenprotest die Ausgliederung. Jährlich überall sofortige Wiederaufnahme des Kollegen Chelich. Schließt euch zusammen mit der Opposition gegen weitere reaktionäre Spaltungsmassnahmen in den freien Gewerkschaften! Arbeitersolidarität! Arbeitersolidarität! Arbeitersolidarität!

Der Bundesvorstand hat Dich in seiner Sitzung vom 27. September 1929 mit sofortiger Wirkung aus dem Deutschen Baugewerbsbund gemäß § 16 Ziffer 2 der Bundesregelung ausgeschlossen.

(Stempel)

Deutscher Baugewerbsbund

Rosenzweig, Bundesvorstand

Bravheit! Ihr lebt erneut, wie faßtig, ohne auch nur den Schein des Rechts zu währen, die Reformisten die Opposition aus den Gewerkschaften entfernen. Fasst Ihnen in den Arm und verhindert durch Massenprotest die Ausgliederung. Jährlich überall sofortige Wiederaufnahme des Kollegen Chelich. Schließt euch zusammen mit der Opposition gegen weitere reaktionäre Spaltungsmassnahmen in den freien Gewerkschaften!

Zeit fingen auch schon Abraham und die Drei Könige aus dem Morgenland an zu schmachen, was den lieben Gott veranlaßte, schleunig den Telefunken auf Homburg, Bremen, Flensburg, Hannover und Kiel und die Zeit auf 10.55 Uhr einzustellen.

Pastor Horstmann aus Hadersleben predigte da in der Kieler Universitätskirche. Und der Schulchor der 11. Mädchenschule unter Leitung des „Staatlich anerkannten Gesanglehrers“ Wilhelm Martine, sang dazu:

Aber Jesekiel, Jeremias, Jesajas und noch ein Schornstein Prophete des Alten Testaments, vernahm nichts mehr davon.

Die 9-Uhr-Morgenandacht Königsberg, Danzig, die in der Sackheimer Kirche sang, wo Pastor Willigmann predigte und Mägde „Alle Vater“ sangen über Choralmelodien mit obligatorischem Geige a) Mach doch mein Geist bereit, b) Herr, wie du willst“ spielte, schliefen alle Engel von Adam und Eva, bis zu denen die Feierzeit bei der Sintflut eindrang, ein.

Leipzig, Dresden, war mit seiner 9-Uhr-Morgenandacht, in der ein Klavier, Klavier und Orgel, Dein Wille, Herr, gespielt, die gesamte Engelschar bis zu Christi Geburt, um.

München, Nürnberg, Augsburg und Kaiserslautern machte durch Pastor Graebentius Jürgen, der sich über „Gottes Gerechtigkeit und Güte“ ausließ, die Engel des frühen Mittelalters fertig.

Agnes, Barcelona, Bolet, Brüssel, Budapest, London, Genf, Helsingfors, Nationik, Kopenhagen, Lyon, Madrid, Oslo, Paris, Prag, Genf, Rom, Stockholm, Toulouse, Wien und Zürich erledigten dann endlich lärmliche Engel vom frühen Mittelalter bis zum letzten Sonntagmorgen.

Der einzige, der nicht schlief, war ER.

Sinnend betrachtete er die schmackende und blühende Engelschar. Und nachdem er noch einmal einen tiefen Atemzug genommen hatte, schlief er sich wiederum und stellte den Telefonen auf Moskau, Leningrad, Wien und Charlottenburg ein.

Und während nun die fröhlichen Kätzchen an der Mutterseite des Himmelstaates wie verzweifelt zu jammern und lächeln, strömten die Engelsfamilien, fröhlich und singend, aus dem Charlotter „Antireligiösem Konzert“, der Gottlose gingen.

„Endlich Menschen, die ihre Sack“ lebten in die Hände nehmen wollen,“ murmelte der alte Herr nach dem Vortragsbeginn. Und während manne auch ihn der Schlaf.

Umliche Bekanntmachung

Personenstands- und Betriebsaufnahme
(Haushalte und Betriebsblätter 1929)

Die diesjährige Personenstands- und Betriebsaufnahme ist nach den Ausführungsbestimmungen zum Eintreten und Rückgewaltsturzergleich in sämtlichen Gemeinden am 10. Oktober 1929 durchzuführen.

In den nächsten Tagen werden deshalb den Grund- und Haushaltsherrn für jedes Grundstück, soweit nicht schon geschehen,

1. für jeden Inhaber einer selbständigen Wohnung beziehungsweise wenn in einer Wohnung mehrere Familien untergebracht sind, für jeden Haushaltungsvorstand ein Vorbrücke zu einer Haushaltungsgemeinschaft,

2. für jede im Hause befindliche Betriebsstätte (Läden, Arbeitsstätten, Kontore, Büros, Sprechzimmer, Ateliers, Unterkünfte für Arbeiter und Verwaltungen und dergl.) ein Vorbrücke zu einem Betriebsblatt und

Geschäftliche Mitteilung

Wer jetzt den Nutzen nicht so sieht tun, darum bei weiter bestand eingehen, wird wieder Wiederholung bei spätem Bezug zu Ihnen überreicht. Ringe Tropfen bringen, um frische Suppen und Soßen zu erhalten.

Das Preisaußschreiben der Arbeiterstimme

muss bis

Oktobe
21
Montag

gelöst sein / Wenige Tage später beginnt die Preisverteilung, sie

bringt wertvolle Preise, die dem Gewinner die Anschaffung einer Bibliothek ermöglichen

Kauft nur bei unseren Inserenten!

3. ein Haushaltungsvorbrücke, in welchem von den Grundstücks-eigentümern lämliche in dem Grundstück befindliche Haushaltungen und Betriebsstätten einzutragen sind, aufgestellt.

Die Haushaltungs- und Grundbesitzer oder deren Vertreter werden erachtet, die ihnen zugehörigen Vorbrücke an Haushaltungslisten unverzüglich an die Haushaltungsvorstände und die Vorbrücke an den Betriebsstätten an die Inhaber oder Vertreter der Betriebsstätten weiterzugeben. Auch der kleinste selbständige gewerbliche Betrieb hat ein Betriebsblatt zu erhalten.

Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, die ihm übermittelte Haushaltungsliste nach Maßgabe der auf Seite 1 erschienenen Anleitung fortlaufend auszufüllen, zu unterschreiben und spätestens bis zum 15. Oktober 1929, mittags, dem Vorbrücke des Grundstücks oder seinem Stellvertreter zu übergeben.

Die gleiche Verpflichtung haben Körperchaften, Behörden und Einzelpersonen wegen des Ihnen zugegangenen Vorbrücke zur die Betriebsblätter.

Die Haushaltungs- und Grundbesitzer oder ihre Vertreter werden erachtet, dafür zu sorgen, daß die Haushaltungslisten und Be-

triebsblätter rechtzeitig wieder an Sie zurückgelangen. Die Grundstücks-eigentümner oder ihre Vertreter haben die Haushaltungslisten und Betriebsblätter mit fortlaufenden 10 mit beginnenden Nummern zu verleben und mit der für jedes Haushaltungsgrundstück nach dem Stande vom 10. Oktober 1929 auszufüllen und zu unterschreibenden Haushalte

spätestens bis zum 21. Oktober 1929

bei der unterzeichneten Gemeindebehörde einzuziehen. Nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Vorbrücke werden zurückgewiesen. Außerdem ist die Ausfüllung der Religionspalte genau zu beachten, um die unnötige Zulassung von Steuerbelasteten zu verhindern. Bei der Austragung der Vorbrücke übergegangene Haushaltungsvorstände und Betriebsstätten haben sich Vorbrücke vom Steueramt selbst zu bilden.

Die vorgeschriebenen Zeiten haben die Verpflichteten pünktlich einzuhalten. Die Erfüllung dieser Verpflichtung kann durch Strafe erzwungen werden.

Niederleditz, am 4. Oktober 1929.

Der Gemeinderat als Gemeindebehörde.

Haben Sie Stoff!

Aus mitgebrachten Stoffen fertigen einen modernen Anzug oder Mantel nach genommener Maß für nur 20 RM. einschließlich ähnlicher Zutaten. • Garantiert fabrikneue Stoffe. • Aus modernen Stoffen, gute Qualitäten in der Preislage von 82 RM. mit sämtlichen Zutaten und Arbeitsgebühren. • Eigene Werkstätten.
Robert Schultz
Dresden-A., Pollerstr. 17, Hinterhaus, II.

Woll-u.Kurzwaren

Carl Boeler, Dresden-Leuben
Chem., Reinigung und Pflege, Maschinen - Stückware

Kohlen und Fuhren aller Art mit Ochscher sowie Auto empfiehlt
P. Hausdorf & Sohn, Leuben, Dieselstr 25

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, Akku - Ladestation, Spezial - Reparaturen
Reinhold Plünsch, Niedersedlitz, strasse Nr. 13

Holz- und Kohlenhandlung

Pirna, Steinplatz Nr. 10
Um günstige Unterstützung bitten
Fa. Gebrüder Hödritz
Inhaber Arthur Zähler

Helene Jacob, Wilthen, Bahnhofstr. 39c
Eigene Anfertigung von Oberhemden von einfachsten bis feinsten Grade

H. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Fleischwaren
Willy Simmchen
Koldenau, Dresdner Str. 19
Biedlung 7

Walter Henischel
Kolonial- u. Textilwaren
Demitz-Thumitz
Biedlung 7



Ein schlichtes
Mahl am
weißgedeckten
Tisch

das mundet stets und ist Symbol gepflegter Häuslichkeit. Der besondere Zauber liegt in der frischduftenden Wäsche, die Sie mühelos erzielen mit Rumbo - Überalles, dem selbsttätigen Waschmittel. Erproben Sie es baldmöglichst, der Blütenanzug und frische Naturduft Ihrer Wäsche wird Sie entzücken.

RUMBO

SEIFEN-WERKE - GEBR. RUMBERG - FREITAL - DRESDEN
Alle Rumbo-Artikel sind mit nebenstehender Sparmarke versehen, sammeln Sie diese, sie bringen Ihnen Gewinn!
HERSTELLER DER BELIEBTESTEN RUMBO-SEIFEN

H

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

H

Radeberg

Bahnhofs-Apotheke

Osterbahnhofstr. 3 — Fernsprecher 601
274

Großräder / Nähmaschinen
Gefäßwaren, Gläser, Küchenzeile 6

Kaufhaus Wernicke

Röderstraße 1
Bekannt beste Bezugsquelle
275

Schuhhaus Winkler

287
gegenüber bei Volk

Radeberger Seifentabrik

Ernst Gärtnner & Sohn
Inh: Hans Hempel — Markt 4
275

Nach. Schuhreparatur, Lederverkauf
M. Moritz, Bahnhofstraße 24
288

Lebensmittel, Georg Zschieschack
Stolperstr. 9
289

Fleisch- und Wurstwaren

H. Schiffner, Dresdner Straße 22
290

Brot- und Weißbäckerei
Herr. Schmid, Dresdner Straße 11
291

Konfektionshaus

Rudolf Lederer
Hauptstraße 45
292

Musikhaus Willy Wernicke

Hauptstraße 40
293

Properie und Fotohandlung

+ Wigand Heine +
Königstr. 1272
Oberstraße 2
294

Schuhhaus Baum

Hauptstraße 25
295

Buchhandlung, Buchbinderei
P. Zimmermann's Geben, Hauptstraße 9
296

Radeberger Mineralwasserfabrik

Johs. Jansen
Niederstraße 5
297

Crust Hartstein & Sohn
Buchhandlung
Verner Straße 14
298

Kaiserhof-Lichtspiele

Die größten Spülzettelne
Dresdner Straße 48
299

Blumen für Freud u. Leid

G. Göhlich's, Hauptstraße 29
300

Metropol-Lichtspiele

Führendes Haus am Platz
301

Uhren — Goldwaren — Optik
Wilfred Weiß, Hauptstraße 21
302

Dampfbäckerei

Max Schreiber, Mühlstr. 18
303

Conditorei und Waffelbäckerei
Hermann May, Mühl. 10
304

Zigaretten-Krause

Hauptstraße 27
305

Fleisch- und Wurstwaren

H. Sell, Vernerstraße 1
306

Fleischerei

Max Messerschmidt
Hauptstraße 21
307

Möbelhaus und Wermüller

Otto Thomas, Oberstraße 10
1429

Radeberger Möbelle
G. Daubner
Berggasse 6
271

Kolonial- und Grünwaren

Ernst Schleising
Stolpener Straße 23
1430

Gebenmittel, Spez. Kaffee
Eric Werner
Oberstraße 30
272

Warenhaus Ikenberg

Hauptstraße 84
1431

Brot- und Weißbäckerei

H. Schmid
Hauptstraße 23
273

Textil-Wagner

Hauptstraße 16
1432

Modenhaus Karl Schulze
Niederstraße

Offendorf-Okrilla

Zum Schwarzen Ross
Schiffslände, Mühl
Joh. Sonnen Tischlerei
Walter Berlin
1433

Eugen Martin

Dresdner Straße 7, besonders billig
in Textilwaren und Trikotagen
1434

Otto Proßmann

Mühle und Bäck
1435

Fahrräder, Motorräder, Röhr-
maschinen, Sprechmaschinen, Platten
H. Fleischinger, Mühlstraße 13
1436

Konditorei, Schnitt- und Wollwaren

Richard Jenisch, Bergstraße 2
1437

Bäckerei und Conditorei

Hermann May, Mühlstraße 12
1438

Glashütte

Otto Röhner, Mittelstraße 12
Rathenau, Zigaretten, Zigarren, Zigaretten
1439

Brot-, Weiß- und Brötchbäck
Georg Schumann, Glashütte 1. So., Hauptstr.
1440

Metallproduktengeschäft, Eisen, Messing
und Rosinenwaren, Paul Kleibolt
1441

Sattler und Polsterwerkstatt Hermann
Horst, Hauptstr. 262 z. Glashütte, 1. So.,
Lüder, Glashütte, Riesaum

Glasbäckerei Glashütte

Ernst Glashütte, Mühlstraße 16
1442

Hermann Glädelich, Mittelstraße 28
Metallwarenhandlung Glashütte 1. So.
1443

Dippoldiswalde

Mr. M. Lichtspiele, Freibergerstr. 205
1444

Spieldorf von Freitag bis Sonntag

Wiedehaus Marjohne, Kirchplatz 131
Söder Auswahl in Damen, Herren- und
Kinderkleidung. — Etikettensatzleistung
1445

Tanzpalast Schützenhaus
Kaufhaus 27
1446

Oberländer Webwaren empfiehlt in heller
Qualität
Elf. Götsch, Mühl. 45
1447

Bern. Weber, Mühl. 1. So., Mühl. 1448
Joh. Jäger, Mühl. 20, Kolonialwaren, Gd.
1449

Kolonial- und Grünwaren, Mühl. 20, St.
Karl. 8, Röhrn, Berggasse 100
1450

Martin Thomäle
Kolonialwaren
Berggasse 88
1451

Leberwaren, Delikatessen
Oskar Kästorf, Altenberger Str. 169
1452

Bäckerei Oswald Rendel
Altenberger Straße 174
1453

Albert Baumann, Schuhgasse 101
Bäckerei mit Wetterbeschleun
1454